

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/41

28. Februar 1975

Stunde der demokratischen Bewährung

Solidarität gegen Provokation der Terroristen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-
Präsidiums

Seite 1 und 2 / 37 Zeilen

Protest gegen politische Infamie

Strauß und CDU-Gruppen disqualifizieren sich selbst

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Seite 3 / 37 Zeilen

Der Bundestag und sein Wehrbeauftragter

Berechtigte Rüge für das Bonner Parlament

Von Erwin Horn MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Wir müssen mit Plutonium leben!

Wie steht es mit den Sicherungen für diesen hochgiftigen
Stoff?

Von Dr. Frank Haenacke MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Reaktorsicherheit und
Strahlenschutz" im Bundestags-Innenausschuß

Seite 6 bis 8 / 111 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heuresallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 60 37-38
Telex: 08 58 646-46 pbbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Stunde der demokratischen Bewährung

Solidarität gegen Provokation der Terroristen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Noch liegen die Einzelheiten und Hintergründe der Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz im Ungewissen. Dennoch steht fest, daß Terroristen unseren Staat nach der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann ein zweites Mal an einer zentralen Stelle herausgefordert haben.

Über Grenzen und Schranken hinweg, die sonst eine Rolle gespielt haben mögen, gilt der erste Gedanke in diesem Augenblick dem Menschen Lorenz und seiner Familie. Parteipolitische Gegensätze und alle Meinungsverschiedenheiten schweigen angesichts der rohen Gewalt, die einem Mitbürger und Demokraten ebenso wie seinen Angehörigen von brutalen Feinden unserer freiheitlichen Ordnung angetan worden ist.

Aber bei dieser Empfindung kann es nicht sein Bewenden haben. Die Provokation erfordert eine klare Antwort. Diese Antwort wird zunächst und vor allem unser Staat geben. Er wird besonnen, aber entschieden, rechtmäßig, aber ohne jedes Zögern seine Machtmittel gegen diejenigen einsetzen, die seine Gesetze mißach-

ten, die seine Selbstbindung an die Grundrechte unserer Verfassung mit Schwäche verwechseln. Die Organe der inneren Sicherheit und der Justiz wissen, was sie diesem Staat schuldig sind, und sie wissen, daß sie nicht einen Klassenstaat oder ein Repressionsystem, sondern die Sache der Freiheit verteidigen. Das gibt ihnen auch die Ruhe und die Sicherheit, die sie gerade jetzt zur Erfüllung ihrer Pflicht brauchen.

Auf die Provokation muß aber auch unsere Gesellschaft antworten, und zwar mit der Solidarität aller Demokraten. Eine Solidarität, die Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl gestern in Berlin demonstriert und praktiziert haben. Eine Solidarität, die zwischen der Bedeutung noch so gravierender politischer Gegensätze und der Unentbehrlichkeit der Grundübereinstimmung über die Rechtsprinzipien und die Wertordnung unseres Staatswesens zu unterscheiden weiß.

Wer diese Grundübereinstimmung durch vordergründige Parteipolemik, durch Verteufelung demokratischer Gegner oder durch intellektuelle Rechtheberei in Frage stellt, versagt in der Stunde der Bewährung. Die Bundesrepublik Deutschland selbst braucht diese Bewährungsprobe dank ihrer sozialen, ökonomischen und politischen Stabilität in keiner Weise zu scheuen. Sie wird aus ihr gestärkt hervorgehen.

(-/28.2.1975/bgy/ee)

+ + +

Protest gegen politische Infamie

Strauß und CDU-Gruppen disqualifizieren sich selbst

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl spricht oft von der Notwendigkeit und existenziellen Bedeutung der Solidarität aller Demokraten für die Funktionsfähigkeit unseres Staates und seine Abwehrkraft gegen Feinde von links und rechts. Es ist zu unterstellen, daß er das so meint wie er es sagt. Sein Einfluß und seine Überzeugungskraft reichen jedoch offensichtlich leider nicht aus, um diesem Grundsatz in den Reihen der Opposition Geltung und Wirksamkeit zu verschaffen. Bedrückende Indizien für diese nicht ganz neue Tatsache lieferte der 27. Februar 1975.

Gemeinsame Verantwortung von Demokraten und politische Redlichkeit sind dem CDU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß inhaltlich fremd geblieben. Es wird immer wieder deutlich, daß es für ihn lediglich Worthülsen sind, derer er sich mit kaum zu übertreffender Scheinheiligkeit bedient: Strauß hat in seiner Stellungnahme zur Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz ein neues und besonders verwerfliches Beispiel für solche parteipolitische Skrupellosigkeit geliefert. Er verliert kein Wort der Sorge um das Schicksal von Peter Lorenz, sondern benützt diesen Abscheu und Empörung auslösenden Vorgang ausschließlich als demagogischen Knüttel gegen die Sozialdemokraten in Bonn und Berlin. Es ist der wahre ungebremte Strauß, der hier - in Fortsetzung seiner Selbsterstellung am Aschermittwoch in Passau - die verantwortungslose und brutale Mißachtung jeglichen politischen Anstandes als Maxime seiner Strategie zur Rückkehr an die Regierungsmacht in Bonn praktiziert.

Daß die vom CDU-Vorsitzenden und seiner Truppe so treuherzig beklagte Verwilderung der politischen Sitten in unserem Land eine "ausgemachte" Angelegenheit der Union ist, erhellt u.a. ein Flugblatt des CDU-Kreisverbandes Bonn, das schon am Nachmittage des Entführungstages in der Bundeshauptstadt in Umlauf gebracht worden ist. Darin wird die Demokratie im freien Berlin, wo sie seit 1945 härteste und eindrucksvollste Bewährungsproben bestanden hat, zur "tragischen Farce" herabgewürdigt. Es ist mehr als eine Provokation, es ist ein Fall von politischer Infamie und demokratischer Selbstdisqualifizierung, wenn in diesem Pamphlet die CDU den Alleinanspruch auf das Attribut "demokratisch" erhebt.

Wir können und wollen den CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl für solche Entgleisungen - vor allem für die seines "Freundes" F.J. Strauß - nicht verantwortlich machen. Sein - allerdings immer leiser - vorgetragener Wunsch, Kanzlerkandidat der Union zu werden, und sein publiziertes Selbstverständnis als Politiker erfordern dazu jedoch ein klares Wort, wenn Dr. Kohl Anspruch darauf erheben will, ernst genommen zu werden. (-/28.2.1975/bgy/pr)

+ + +

Der Bundestag und sein Wehrbeauftragter

Berechtigte Rüge für das Bonner Parlament

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der Bericht des scheidenden Wehrbeauftragten Fritz Rudolf Schultz stellt zugleich auch eine Bilanz seiner fünfjährigen Tätigkeit in diesem Amt dar. Dieser Jahresbericht zeichnet sich durch Kürze, Klarheit und Übersichtlichkeit aus. Er ist ohne den ideologischen Überbau soziologischer Spekulationen gestaltet. Das Verhältnis des Wehrbeauftragten zum Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung wird als problemlos gekennzeichnet. Dies bestätigt aus dem Erfahrungsbereich kritischer Kontrolle den Eindruck der Bürger unseres Staates, daß die Bundeswehr in ihrer politischen und militärischen Führung ein überzeugendes Instrument unserer Sicherheitpolitik darstellt, das ausschließlich dem Frieden und der Entspannung dient.

Politische und militärische Führung der Bundeswehr haben nichts zu verbergen; das geistige Klima der Bundeswehr ist bis auf wenige Ausnahmen liberal und entspricht damit den Grundbedingungen unseres modernen Staates. Die Zusammenarbeit zwischen dem Wehrbeauftragten, also dem Kontrollorgan des Parlamentes, und dem Verteidigungsministerium ist selbstverständlicher und damit auch reibungsloser geworden. Dies muß allerdings auch beinhalten, daß begründete Eingaben und Hinweise der Wehrbeauftragten zunehmend stärkeres Gewicht im Ministerium erhalten.

Ausgesprochen kritisch wertet der Wehrbeauftragte dagegen sein Verhältnis zum Parlament. Obwohl dieses Amt eine Kontrolleinrichtung des Parlaments selbst ist, wie der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Eiler es in seinem ursprünglichen Anliegen formuliert hatte, um Auge und Ohr des Parlaments in der Truppe zu sein, beklagt der Wehrbeauftragte in seinem Bericht die fehlende parlamentarische Begleitung und Unterstützung seiner Arbeit. Die kritischen Anmerkungen des Wehrbeauftragten gegenüber der Gleichgültigkeit des Parlaments sollten nicht ängstliche Rechtfertigung

hervorrufen, sondern zu mehr Initiative führen.

Die parlamentarischen Arbeitsgruppen der im Bundestag vertretenen politischen Parteien bzw. der Verteidigungsausschuß als Ganzes haben nur in einigen Fällen den Wehrbeauftragten mit der Untersuchung und Durchführung einer Aufgabe betraut. Seine Hilfe für das Parlament in Strukturangelegenheiten der Bundeswehr, welche die Arbeit und innere Führung der Soldaten betrifft, wurde praktisch überhaupt nicht in Anspruch genommen. Das Amt des Wehrbeauftragten ist ein Organ des Parlaments. Der Wehrbeauftragte kritisiert also zu Recht die Gleichgültigkeit des Parlaments gegenüber dieser Einrichtung.

Erfreulicherweise hat das Amt des Wehrbeauftragten an Ansehen bei den Soldaten aller Dienstgrade gewonnen. Bezeichnend dafür ist die Tatsache, daß die Zahl der Eingaben von Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren längerdienender Soldaten fast prozentual gleich groß ist. Dies zeigt, daß Petitionen, Beschwerden und Anregungen nicht mehr als querulantenhaftes Verhalten angesehen werden, sondern selbstverständlicher Bestandteil der Rechte unserer Soldaten geworden sind. Der Bundestag muß diese Initiativen begrüßen und seinen Teil dazu beitragen, daß das Amt des Wehrbeauftragten auch das ihm zukommende politische Gewicht erhält. (~/28.2.1975/bgy/pr)

+ + +

Wir müssen mit Plutonium leben!

Wie steht es mit den Sicherungen für diesen hochgiftigen Stoff?

Von Dr. Frank Haenschke MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Reaktorsicherheit
und Strahlenschutz" im Bundestags-Innenausschuß

Plutonium ist ein unabwiesbares Beiproduct des Betriebs von Kernkraftwerken. Es gilt als gefährliches Gift, vor allem dann, wenn es in die Blutbahn gerät oder sich durch Inhalation in den Lungenbläschen ansammelt. Schon relativ geringe Mengen von Plutonium können mit hoher Wahrscheinlichkeit Leukämie und Krebs hervorrufen. Die maximal zulässige Konzentration von Plutonium in der Luft liegt in der Größenordnung eines einhundertmilliardstel Gramms pro Kubikmeter. Plutonium eignet sich zum Bau nuklearer Sprengkörper, und es wird behauptet, daß das technische Knowhow dazu praktisch jedermann zugänglich sei.

Plutonium ist ohne Zweifel eine große Gefahr, vor der wir uns unter allen Umständen zu schützen haben. Leider mehrt sich das üble Element mit jeder Kilowattstunde Atomstrom, die wir verbrauchen. In einem der bei uns üblichen Kernreaktoren der Größenklasse um 1.000 Megawatt entstehen pro Jahr etwa 200 Kilogramm Plutonium, freilich zunächst fein verteilt auf hundert Tonnen Brennstoff. Bei der Reinigung des Reaktor-brennstoffs in den Wiederaufarbeitungsanlagen, die alle paar Jahre erfolgen muß, fällt das Plutonium allerdings konzentriert an. Von da an muß es besser gehütet werden als der eigene Augapfel.

Lückenlose Bilanzierungspflichten und scharfe Überwachung u. a. durch internationale Organisationen verhindern, daß Plutonium oder andere Kernbrennstoffe unbemerkt entwendet oder heimlich abgezweigt werden können. Die strikte Isolierung des Plutoniums von der Umwelt auch unter ungünstigen Umständen, wie einem Brand oder einer Explosion in der Nähe des Lagerorts, der Schutz der Plutoniumarbeiter innerhalb des Betriebs sowie Vorkehrungen gegen terroristische Erpressung sind allerdings technisch-organisatorische Probleme. Am sichersten wäre die Rückführung des Plutoniums in die Kernreaktoren, zumal das Element selbst als Kernbrennstoff verwendet werden kann und so teilweise durch Kernspaltung vernichtet wird.

Im Ausland ist Plutonium in letzter Zeit wiederholt ins Gerede gekommen. In den USA wurde heftige und wohl auch begründete Kritik laut an der mangelnden Sicherung nuklearen Materials vor allem beim Transport. In Italien soll ein leitender Angestellter des Europäischen Kernforschungszentrums in Ispra Plutonium für Zwecke neofaschistischen Terrors entwendet haben. Aus England kam dieser Tage die Meldung über zwei Todesfälle durch Leukämie bei Plutoniumarbeitern. Das legt natürlich die Frage nahe: Wie steht es bei uns im eigenen Lande? Auch wir müssen mit Pluto-

nium leben! Der für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz zuständige Innenausschuss des Deutschen Bundestages hat sich in letzter Zeit sehr intensiv mit dieser Problematik befaßt. Die jüngste Aktivität des Ausschusses war ein Informationsbesuch bei den beiden Betrieben, die in der Bundesrepublik mit Plutonium umgehen: die Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe und die Kernbrennelementfabriken (ALKEM) bei Hanau.

Die Sicherungen gegen Diebstahl und gegen denkbare Einwirkungen von außen befinden sich in Hanau und Karlsruhe in einem ausgebauten Stadium. In beiden Anlagen konnten die Abgeordneten jedoch noch offensichtliche Mängel im Schutzsystem feststellen. In Hanau funktionierte eine wichtige Kontroll- und Alarmanrichtung bei der Vorführung nicht. In Karlsruhe erschien der Zugang zu einer als kritisch empfundenen Stelle zu wenig gesichert. Die vom Bundesinnenminister soeben berufene "Sachverständigenkommission für Fragen der Sicherung des Kernbrennstoffkreislaufs" wird den Aufsichtsbehörden hier noch wirksamere Sicherungskonzepte vorschlagen müssen. Bei den Betreibern der Anlagen in Hanau und Karlsruhe herrschen verschiedene Ansichten darüber, ob das Werkschutzpersonal bewaffnet werden sollte. Wir werden ernsthaft prüfen müssen, ob der Schutzzweck durch privaten Werkschutz, der lediglich Jedermann-Abwehrrechte ausüben kann, in befriedigendem Maße zu gewährleisten ist. Unverzichtbar erscheint mir die Forderung nach einer Spezialeinheit der Polizei, die zur Hilfeleistungen von außen rasch einsatzfähig und mit den Gegebenheiten der Anlage und in immanen Gefahren bestens vertraut ist.

Die plutoniumverarbeitenden Anlagen in Hanau und Karlsruhe dienen Forschung, Entwicklung und der Sammlung notwendiger Betriebserfahrungen. Betreibern und Aufsichtsbehörde fällt die schwierige Aufgabe zu, die erforderliche innerbetriebliche Flexibilität mit der maximal möglichen Abschottung des Betriebes von der Umwelt zu vereinbaren. Mir scheint, daß man diese Aufgabe noch nicht als gelöst betrachten kann. Trotz kritischer Einwendungen von Seiten der Betriebsleitung in Hanau stellten die Abgeordneten jedoch übereinstimmend fest, daß der kürzlich vom Deutschen Bundestag gefaßte Gesetzesbeschluß, die Errichtung von Kernbrennelementfabriken dem Genehmigungsvorbehalt des § 7 des Atomgesetzes unterwirft, durch das enorme Gefährdungspotential der Anlagen voll gerechtfertigt ist. Keinesfalls dürfen Unsicherheiten über die neue Rechtslage bei Betreiber und Genehmigungsbehörde dazu führen, daß der Bau eines dringend erforderlichen Bunkers für die Plutoniumlagerung verzögert wird.

Die Abgeordneten fanden weder in Karlsruhe noch in Hanau Anhaltspunkte dafür, daß die Strahlenexposition des Betriebspersonals in bedenklicher Nähe der erlaubten Dosis von fünf rem pro Jahr käme. Trotzdem sei an dieser Stelle auf ein Problem aufmerksam gemacht, das den allgemein beklagten Mangel an fachkundigem Personal

für kerntechnische Anlagen noch verschärfen könnte: Die Grenze der Strahlenbelastbarkeit einer bestimmten Spezialistengruppe könnte erreicht werden, ehe der Bedarf nach diesen Fachleuten für Reparaturen, Umbauten usw. befriedigt ist. Vor einem quantitativen Ausbau der Kernenergienutzung entsprechend dem Energieprogramm der Bundesregierung müßte deshalb unbedingt sichergestellt werden, daß mögliche Personalengpässe nicht Ursache für die Erhöhung des Risikos für die Bevölkerung und das Betriebspersonal sein können.

Eine Erweiterung der plutoniumverarbeitenden Betriebe in Karlsruhe und Hanau über den bereits abgesteckten Rahmen hinaus scheint mir nicht denkbar zu sein. Dagegen spricht vor allem, daß verbrauchte Brennelemente mit ihrem hochaktiven Inventar, Plutonium in dispersierbarer Form oder hochaktive Abfälle nicht in beliebiger Menge durch Gebiete transportiert werden können, die zu den dichtest besiedelten in der Bundesrepublik gehören. In der Bundesrepublik dürften zur Zeit etwa 300 bis 400 kg Plutonium vorhanden sein. Nur ein kleiner Teil davon wird bisher in der Brennelementefabrik mit Uran "verdünnt" und versuchsweise in Kernkraftwerke rückgeführt. Der überwiegende Teil des Plutonium muß gelagert werden, portionsweise, um die Überschreitung der "kritischen Masse" (d. h. eine sich selbst erhaltende Kettenreaktion) zu vermeiden. Beim geplanten Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik müssen wir Mitte der achtziger Jahre jährlich mit rund zehn Tonnen dieses unangenehmen Elements rechnen.

Wegen seiner Langlebigkeit ist Plutonium eine Hypothek für Jahrtausende. Von einem Kilogramm des wichtigsten Plutonium-Isotops (Plutonium 239) sind nach 24.000 Jahren immer noch 500 Gramm übrig; das entspricht dem Zeitraum von der mittleren Steinzeit bis heute. Die enorme Giftigkeit des Plutoniums, die Möglichkeit, es zum Bau von Kernwaffen zu mißbrauchen, und sein ungeheurer Wert (30.000 DM/kg) zwingen die Menschheit dazu, es für die Dauer seiner Existenz in sicherem Gewahrsam zu halten. Plutonium gehört somit zu den Hauptrisikofaktoren bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Aus der öffentlichen Diskussion um die Akzeptierbarkeit dieser neuen Energiequellen darf es deshalb keinesfalls ausgeschlossen werden.

(-/28.2.1975/r1/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller